

„Kein guter Ruf nach außen“: Wie die AfD die wirtschaftliche Zukunft des Ostens aufs Spiel setzt



[Cornelia Meyer](#) 19 Aug 2019



AfDReuters

Bei den [Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen ist die AfD](#) jeweils die zweitstärkste Kraft geworden. Führende Wirtschaftsvertreter und Ökonomen warnen nun vor fremdenfeindlichen Kräften: Sie setzen die Zukunft der ostdeutschen Bundesländer aufs Spiel.

Schon vor den Wahlen hatte Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), vor den [Folgen eines starken Abschneidens der AfD für die Wirtschaft](#) gewarnt. Auch Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sorgte sich am Sonntagabend vor Schäden für „den guten Ruf“ der Wirtschaft in den beiden Bundesländern durch die Äußerungen von führenden AfD-Politikern.

Schon jetzt klagen ostdeutsche Wirtschaftsvertreter, dass sich der Fachkräftemangel als Bremse der lokalen Wirtschaft erweise. Schulen fehlen die Lehrer, Unternehmen die Auszubildenden. Nach einer Umfrage der IHK Chemnitz konnte die Hälfte der Unternehmen in der Region nicht alle ihrer angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Jedes dritte Unternehmen erhalte gar keine Bewerbungen mehr.

Demografischer Wandel: Der Osten altert besonders schnell

Jahrzehntelang litt der Osten unter der Abwanderung. Vor allem vor dem Mauerbau und nach der Wende verließen Millionen Menschen die östlichen Bundesländer. Allein

Sachsen verlor zwischen 1990 und 2015 fast eine Million Einwohner. Der ländliche Raum im Osten sei infolge der deutschen Teilung regelrecht ausgeblutet, stellte der ifo-Forscher Felix Rösel in einer im Juni veröffentlichten [Studie](#) fest. Die anhaltende Wucht der früheren Teilung werde völlig unterschätzt: „Dresden und Leipzig hätten heute doppelt so viele Einwohner und wären Millionenstädte, wenn sie genauso wie der Westen gewachsen wären.“

[Prognosen zufolge](#) wird Brandenburg im Jahr 2040 auf 2,17 Millionen Einwohner geschrumpft sein — rund 280.000 Menschen weniger als 2019. Gleichzeitig werde die Wirtschaft infolge des Rückgangs der Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 65 Jahren einen Bedarf von 394.000 gut ausgebildeten Fachkräften haben, insbesondere auch von Hochschulabsolventen.

Auch die AfD Brandenburg sieht die Bevölkerungsentwicklung als „das größte Risiko“ für den Wohlstand. Die Partei will eine stärkere Einwanderung allerdings verhindern und setzt stattdessen auf finanzielle Anreize für Familien.

Die AfD Sachsen versprach in ihrem [Wahlprogramm](#) ein Baby-Begrüßungsgeld und Erziehungsgeld für Eltern — allerdings nur für Paare, die die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft haben und mindestens zehn Jahre in Sachsen gelebt haben. Dies „wäre nicht nur wirkungslos, sondern auch diskriminierend und entbehrt daher jeglicher Grundlage“, meint dazu Christian Böllhoff, Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos, im Gespräch mit Business Insider. Die Geburtenrate in den neuen Bundesländern sei vor allem deswegen so niedrig, weil junge Menschen und insbesondere auch junge, gut ausgebildete Frauen, nach der Wende weggezogen seien.

Man könnte es auch so ausdrücken: Alle Förderprogramme nützen nichts, wenn in den neuen Bundesländern vor allem eines fehlt: junge, gebärfähige Frauen. „Da sie gleichzeitig auch gegen Einwanderung sind, weiß ich nicht, wie der Wandel dort gelingen soll“, sagt Böllhoff.

„Wir sind auf Zuwanderung angewiesen“

[2030 wird fast jeder dritte Einwohner in Sachsen](#) 65 Jahre oder älter sein. Die Überalterung schreitet in den neuen Bundesländern deutlich schneller voran und macht insbesondere den ländlichen Raum für Investoren aufgrund des fehlenden Personals zunehmend unattraktiv. Ökonomen halten deswegen Zuwanderung für unumgänglich.

„Wir sind auf Zuwanderung angewiesen“, sagt auch Dietrich Enk, Präsident des Unternehmerverbands Sachsen, im Gespräch mit Business Insider. Er beziffert die benötigte Zahl an Arbeitskräften in Sachsen auf rund 400.000 Menschen in den nächsten zehn Jahren. Daher sieht Enk die zuwanderungsfeindliche Politik und Rhetorik der AfD als problematisch an. „Das sorgt für keinen guten Ruf nach außen“, sagt Enk. „Ausländische Investoren nach Sachsen zu holen ist dadurch nicht einfacher geworden.“

Obwohl die AfD als Anti-Euro-Partei geboren wurde, ist die Wirtschaftspolitik nicht mehr ihr Kernthema. Im [Wahlprogramm der AfD Brandenburg](#) nahm beispielsweise das Thema Sicherheit sieben Seiten ein, das Thema Wirtschaft dagegen nicht einmal dreieinhalb.

„Die AfD ist keine Partei, die irgendeinem Bundesland guttut“

[Beide Landesverbände in Brandenburg und Sachsen](#) zielten im Wahlkampf sehr stark gegen Ausländer und Einwanderer, insbesondere Muslime. Immer wieder bedienten sie dabei gängige Vorurteile und schürten Feindbilder.

40,6 Prozent der nichtdeutschen Zugezogenen in Sachsen gaben in einer [Umfrage für die Sächsische Wanderungsanalyse 2016](#) an, aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein. Die fremdenfeindliche Haltung der AfD und Vorfälle wie in Chemnitz dürften die Attraktivität der ostdeutschen Bundesländer, insbesondere Sachsen, bei ausländischen Fachkräften und liberalen Deutschen nicht erhöht haben.

Der Präsident der sächsischen Unternehmen Enk hofft auf einen konstruktiven Umgang der anderen [Parteien mit den Wahlergebnissen](#). „Die neue Landesregierung muss herausstellen, dass die AfD in dieser Stärke überflüssig ist und nicht gebraucht wird. Sie muss sich stabil und seriös dagegen stellen“, sagt Enk. „Die AfD ist definitiv keine Partei, die irgendeinem Bundesland guttut.“

„Sachsen kann viel erreichen“

„Von der neuen Landesregierung muss das klare Signal ausgehen: Sachsen ist weltoffen und innovativ – für Unternehmen und Investoren, für Auszubildende, Studierende und Fachkräfte sowie für Forschung und Wissenschaft“, sagt Kristian Kirpal, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Leipzig.

[Die Überalterung meistern](#), Strukturwandel und Kohle-Ausstieg bewältigen, Bildung und Infrastruktur verbessern, flächendeckend Breitband und Mobilfunk ausbauen und Bürokratie abbauen, dabei gleichzeitig der AfD die Stirn bieten — der Wunschzettel der Wirtschaft an die neuen Regierungen in beiden Bundesländern ist lang.

Unternehmervertreter Enk fordert zudem eine Stärkung der lokalen Wirtschaft. „Wir sind immer noch zu oft die verlängerte Werkbank von großen, westdeutschen Unternehmen“, meint er. „Aber Sachsen kann viel erreichen und viel schaffen.“